



Liebe Leserinnen, liebe Leser!

Bereits seit vier Jahren bin ich Europaabgeordneter für die Ökologisch-Demokratische Partei (ÖDP). In meiner Fraktion Grüne/Europäische Freie Allianz arbeiten wir konstruktiv und vertrauensvoll miteinander an vielen Themen. Insbesondere verbindet uns die Kritik an den Freihandelsabkommen und der Wunsch nach einer ressourcenschonenderen Landwirtschaft. Ich habe eine neue Kampagne „Agrarwende jetzt“ ins Leben gerufen, die die Forderung nach einer verbindlichen Kennzeichnung für Fleisch beinhaltet. Verbraucherinnen und Verbraucher müssen wissen, wo das tierische Produkt

„ Diese Abkommen
zementieren
eine neoliberale
Wirtschaftspolitik. “

herkommt, wie das Tier gehalten wurde, womit es gefüttert wurde und ob Antibiotika eingesetzt wurden. Mehr Infos zur Kampagne finden Sie auf Seite 2 in diesem Heft. Wo ich mich sonst noch beim Thema Landwirtschaft/Tierschutz eingesetzt habe, können Sie auf Seite 3 nachlesen.

Zur Zeit sind wieder einige Freihandelsabkommen in der Diskussion. Leider kein Grund zur Freude, denn diese Abkommen zementieren eine neoliberale Wirtschaftspolitik auf Kosten anderer. Vor allem JEFTA, zwischen der EU und Japan, macht mir Sorgen. Hier wird festgeschrieben, dass einmal privatisierte Betriebe nicht wieder von der öffentlichen Hand zurückgekauft werden können. Ich befürchte eine weitere Privati-

sierung der öffentlichen Daseinsvorsorge auf Kosten der Bürgerinnen und Bürger. Viele Informationen zu den Freihandelsabkommen finden Sie auf den Seiten 4 und 5.

Menschenrechte stehen ebenfalls im Mittelpunkt meiner politischen Arbeit. So engagiere ich mich für den Atom-Deal mit dem Iran und bin immer wieder vor Ort, auch um über Menschenrechtsverletzungen zu sprechen und das iranische Regime in die Verantwortung zu nehmen. Mehr über meine Tätigkeit steht auf Seite 6 dieses Europamagazins.

Schauen Sie doch auch mal auf meiner Website www.klaus-buchner.eu vorbei. Da mir Transparenz sehr wichtig ist, veröffentliche ich dort meine Einkünfte, aber auch die Treffen mit Lobbygruppen, Vertretern von Nicht-Regierungsorganisationen und Bürgerinitiativen.

Ich hoffe auch auf Ihre Unterstützung im nächsten Jahr! Meine Partei, die ÖDP, hat mich wieder auf Listenplatz 1 für die Europawahl gewählt und ich freue mich sehr darüber.

Bitte bleiben Sie mir gewogen und informieren Sie sich über meine Arbeit. Nur mit der Unterstützung vieler Bürgerinnen und Bürger kann sich die Welt zum Besseren verändern.

Beim Lesen dieser Lektüre wünsche ich Ihnen gute Unterhaltung und freue mich über Ihre Rückmeldung.

Es grüßt Sie herzlich,
Ihr

Prof. Dr. Klaus Buchner, Mitglied des
Europäischen Parlaments für die ÖDP

„Agrarwende jetzt!“

Seit zwei Jahren läuft meine Kampagne „Klaus graust's“, mit der ich auf den Zusammenhang von Massentierhaltung und multiresistenten Keimen aufmerksam mache. Aktuell beschäftige ich mich mit der Forderung nach einem EU-weit verpflichtendem Qualitätssiegel für alle Tierprodukte. Fleisch muss so gekennzeichnet werden, dass Verbraucherinnen und Verbraucher auf den ersten Blick sehen, wo das Fleisch herkommt, wie die Tiere gehalten wurden und welches Futter sie bekommen haben. Nur so kann man sich aktiv und mündig für bessere Lebensbedingungen für Tiere entscheiden.



Multiresistente Keime

Wir haben ein massives Problem mit antibiotika-resistenten Keimen durch Gülle im Grundwasser, in der Luft bis 500 Meter neben den Ställen, auf Äckern und damit auch auf vegetarischen Produkten. Auch über Mäusekot, Fliegen, etc. findet eine Übertragung von Keimen statt. Die Problematik von industrieller Massentierhaltung und multiresistenten Keimen wird seit Jahren kleingeredet und vorwiegend auf die Humanmedizin geschoben, wo ohne Zweifel auch Probleme bestehen. Die Keime werden nicht nur auf das Fleisch übertragen, sondern direkt von Tier auf Mensch. Landwirte und Tierärzte in der Massentierhaltung haben nachweislich gesichert den zigfachen Befall an multiresistenten Keimen gegenüber der übrigen Bevölkerung.

Die Politik muss die Weichen neu stellen!

Die bisherigen Vorschriften hinken der Realität in der industriellen Tierhaltung hinterher, es fehlt an gesetzlichen Regelungen und Kontrollen. Fakt ist, in der industriellen Massentierhaltung werden in den meisten EU-Ländern und leider auch in Deutschland, nach wie vor extrem große Mengen an Antibiotika inklusive Reserveantibiotika eingesetzt. Auch gesunde Tiere erhalten vorbeugend Antibiotika, was nachweislich zu einer steigenden Anzahl von multiresistenten Keimen geführt hat. Laut einem Bericht der Europäischen Arzneimittel-Agentur werden über 91 Prozent der Antibiotika in der europäischen Landwirtschaft an ganze Tiergruppen verabreicht. In Deutschland sind es ca. 740 Tonnen jährlich. Die Tiere erhalten die Antibiotika sowohl über das Futter als auch über die Tränksysteme. In nordischen Ländern, z. B. in Schweden, ist die routinemäßige Vergabe von Antibiotika an ganze Tiergruppen verboten, hier werden Tiere individuell therapiert.

Für eine lebenswerte Zukunft auch für unsere Kinder und Enkel!

Wir wollen gesunde Tiere, die wesensgerecht gehalten werden – ohne die vorbeugende Gabe von Antibiotika. Unsere Äcker dürfen nicht länger durch keimverseuchte Gülle belastet werden. Wir wollen in sauberen Gewässern baden, nicht in multiresistenten Keimen. Die Tiere sollen nicht mit Genfutter aus Monokulturen ge-

Es ist allerhöchste Zeit für eine transparente Kennzeichnungspflicht aller Tierprodukte.

füttert werden. Die Landwirte, welche ihre Tierhaltung umstellen, müssen direkt unterstützt werden.

Der Verbraucher hat ein Recht auf die Wahrheit!

Wer Fleisch einkauft, muss wissen, was auf den Teller kommt und unter welchen Bedingungen es produziert wurde. Die Konsumenten müssen detailliert darüber aufgeklärt werden, wie das Tier gehalten wurde, ob es Antibiotika bekommen hat und welche Tiernahrung verwendet wurde. Es ist allerhöchste Zeit für eine transparente Kennzeichnungspflicht aller Tierprodukte! „Tierwohl ist zunehmend ein Anliegen der Gesellschaft. Verstärkter Tierschutz ist in Umfragen ein Wunsch von 85% der Befragten.“ Dieses Zitat stammt aus dem Ernährungsreport 2018 des Bundeslandwirtschaftsministeriums. 80 Prozent der Deutschen wollen mehr Infos über die Herstellung von tierischen Produkten, bspw.

ob sie gentechnikfrei sind oder umweltfreundlich und fair erzeugt wurden. Laut Umfragen wären 90 Prozent der Deutschen dazu bereit, für artgerechte Tierhaltung auch mehr zu bezahlen.

Doch anstatt eine Agrarwende einzuleiten, welche die katastrophalen Missstände endlich beseitigt, macht das Bundeslandwirtschaftsministerium Werbung für ein neues „Tierwohl-Label“ und benutzt die Umfrage auch noch scheinheiligweise als Argument. Dieses sogenannte Tierwohlabel liegt aber bei der Eingangsstufe kaum über den bisherigen gesetzlichen Mindestanforderungen. Essentielle Informationen über Antibiotika-Behandlungen in der Tiermast und herbizid-behandeltes Genfutter aus Monokulturen finden keinerlei Erwähnung. Dies ist skandalös und eine Verbrauchertäuschung. Tier- und Umweltschützer lehnen dieses Alibi-Label ab, zumal es auch noch freiwillig ist.

Eine Agrarwende kann nur gelingen, wenn wir eine gemeinsame Lösung für Landwirte und Verbraucher finden. Deshalb müssen die Agrarsubventionen besser verteilt und qualitativ hochwertiges Fleisch besser gekennzeichnet werden. Mit einem Siegel, dem die Verbraucher vertrauen, steigt der Verkauf von besseren Produkten rapide an. Der Verkauf von Eiern aus Käfighaltung ist seit der Kennzeichnung stark rückläufig. Wir brauchen aber ein Siegel für alle Tierprodukte!

Bitte unterstützen Sie mich und helfen mit bei der Umsetzung der Kennzeichnungspflicht für alle Tierprodukte.

Mehr Infos:

www.agrarwende-jetzt.de
www.klausgrausts.eu

Tierschutz ist mir ein Herzensanliegen

Die größte Summe der europäischen Subventionen fließt in die Landwirtschaft. Es ist wichtig, die Bauern zu unterstützen, die für unsere Ernährungssicherheit zuständig sind. Genauso wichtig wäre es aber auch, diese Unterstützung an Bedingungen zu knüpfen, die das Wohlergehen von Mensch, Tier und Umwelt beinhalten.

Untersuchungsausschuss Tiertransporte

Im Frühjahr dieses Jahres forderte ich – zusammen mit weiteren 222 Abgeordneten des Europäischen Parlaments – einen Untersuchungsausschuss zu Tiertransporten innerhalb der EU. Der Hintergrund: Jährlich werden mehr als 360 Millionen Schweine, Rinder, Schafe und Ziegen befördert. Oftmals sind die Bedingungen des Transports absolut unwürdig für Lebewesen. Platzmangel, kaum Wasser und Futter, Hitze, Kälte oder tagelanges Stehen in engen LKW – so sieht die Realität oft aus. Meine Mitstreiter und ich wollten auf diese extreme Tierquälerei aufmerksam machen und hofften, dass ein Untersuchungsausschuss die Fakten auf den Tisch legen und so die Tierquälerei beenden würde. Aber weit gefehlt: Die „Konferenz der Fraktionsvorsitzenden“, die diesen Ausschuss genehmigen sollte, lehnte seine Einsetzung ab. Ich habe dann gemeinsam mit meinen Fraktionskolleginnen und -kollegen von Grüne/EFA juristischen Rat eingeholt. Dabei sind wir zur Schlussfolgerung gekommen, dass es gegen die Geschäftsordnung des Europäischen Parlaments verstieß, unseren Antrag auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses nicht zur Abstimmung zuzulassen. 223 Abgeordnete haben diesen Antrag unterschrieben, da es sich um mehr als ein Viertel aller EU-Abgeordneten handelt, hätte laut Artikel 198 der Geschäftsordnung eine Abstimmung in die Tagesordnung aufgenommen werden müssen. Dieser Sichtweise haben wir auch in einem Brief an Parlamentspräsident Antonio Tajani Ausdruck verliehen. Ich bedauere, dass sich die Lobbyisten der Agrarindustrie durchgesetzt haben. An einer Thematisierung der skandalösen Zustände bei Tiertransporten hat die industrielle Landwirtschaft kein Interesse, denn ein besserer Tierschutz mindert die Profite. Wir geben aber trotz alledem nicht auf und haben dies im Plenum angesprochen.

Mir persönlich ist der Tierschutz ein wichtiges Herzensanliegen. Ich werde mich auch weiterhin für eine bäuerliche, biologische Landwirtschaft einsetzen, bei der Tiertransporte über längere Strecken nicht mehr notwendig sind.

Verbot Neonicotinoide

Wenigstens einen kleinen Erfolg für unsere Umwelt konnten wir erzielen: Der Einsatz von drei Pflanzengiften (sogenannte Neonicotinoiden) wurde endlich überall in Europa verboten. Konkret ging es um die Wirkstoffe Clothianidin, Thiamethoxam und Imidacloprid. Allerdings gilt das Verbot nur für das Freiland und nicht für Gewächshäuser.

Die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) hatte kürzlich die Schädlichkeit der Stoffe für Wild- und Honigbienen bestätigt. Leider sind durch diese Entscheidung noch nicht alle Gifte für Insekten vom Markt. Noch immer dürfen andere Neonicotinoide auf den Feldern ausgebracht werden, die ebenfalls Risiken für Tiere bergen. Da sich das Gift in Böden und Gewässern anreichert, schädigt es

Meine Mitstreiter und ich wollten auf diese extreme Tierquälerei aufmerksam machen.

auch Würmer, Schnecken und Fische und gelangt über die Nahrungskette schließlich auch zum Menschen. Zudem ist das Vogelsterben laut Studien zum Großteil auf die Neonicotinoide zurückzuführen, da die Vögel wegen des Insektensterbens kein Futter mehr finden.

Für mich steht fest, dass diese Entscheidung nur ein erster Schritt sein kann. Es ist absolut unverständlich, dass sich die deutsche Bundesregierung bis heute gegen ein

Verbot des Herbizids Glyphosat sträubt, obwohl es in Argentinien zu einem deutlichen Anstieg von Krebs, Unfruchtbarkeit und missgebildeten Kindern geführt hat. Das zeigt die ungebrochene Macht der Lobbyisten der industriellen Landwirtschaft.

Klimawandel

Die Dürre in Deutschland ist meiner Ansicht nach nur ein Vorgeschmack auf eine sehr viel dramatischere klimatische Entwicklung. Wir benötigen endlich rasche Entscheidungen hinsichtlich einer Agrarwende; die Diskussion um Unterstützung für Landwirte muss differenziert geführt werden. Bauern, welche nachhaltige Landwirtschaft mit artgerechter Tierhaltung



betreiben und auch zum Beispiel selbst die Futtermittel für ihre Tiere produzieren, müssen prinzipiell in Dürreperioden unterstützt werden. Die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) betont, wie wichtig gerade in Krisenzeiten faire Erzeugerpreise sind. Dagegen setzt der Bauernverband (DBV) auf Althergebrachtes und fordert pauschal eine Milliarde Euro.

Seit Jahrzehnten wird vor den Auswirkungen falscher Klimapolitik gewarnt, doch außer vollmundiger Versprechungen passiert nichts Wesentliches. Jährlich werden 35 Millionen Tonnen genverändertes Soja aus Südamerika importiert, um damit Tiere zu füttern, die unter unwürdigen Bedingungen gehalten werden. Für das Soja wird die grüne Lunge am Amazonas abgeholzt und tausende Kleinbauern werden vertrieben. Die großindustrielle Landwirtschaft ist eine der wesentlichen Ursachen für den Klimawandel und stellt sich jetzt als Opfer dar. Statt auf Nachhaltigkeit setzen Politik und Bauernverband weiter auf billige Massenproduktion und Exportwachstum ohne Rücksicht auf die Konsequenzen und ohne Achtsamkeit für unseren Planeten.

Eine interessante Studie von Greenpeace zur Landwirtschaft finden Sie hier: <https://tinyurl.com/yasguzrq>.

Nicht auf Kosten von Mensch, Umwelt und Demokratie

Die Europäische Union und andere Staaten oder Staatenverbände bringen regelmäßig Freihandelsabkommen auf den Weg, zurzeit ist etwa ein Dutzend in der Schwebelage. Trotz vielfacher Kritik werden immer wieder die gleichen Fehler gemacht: Es wird im Geheimen verhandelt, kritische Organisationen sind kaum involviert, man orientiert sich an den Profitaussichten der Konzerne, Mensch und Umwelt werden hintangestellt. Im Folgenden beleuchte ich die zwei Abkommen JEFTA und Mercosur näher und mache Vorschläge für eine bessere Handelspolitik.

JEFTA

Mit dem Abkommen zwischen der EU und Japan – kurz JEFTA genannt – wird das größte bilaterale Handelsabkommen in der Geschichte der EU abgeschlossen. Dieses soll 30 Prozent des Welt-Bruttoinlandsprodukts und 40 Prozent des globalen Handels umfassen. Kernelemente des Vertrages sind der Abbau von Handelshemmnissen zwischen den beiden Vertragspartnern und das Angleichen von Vorschriften. Die Verhandlungen begannen im Jahr 2013 und wurden 2018 abgeschlossen. JEFTA wurde im Dezember vom europäischen Parlament verabschiedet.

Ich bin der Meinung, die Vereinfachung des internationalen Handels und der Abbau von Zöllen zwischen Ländern, deren Wirtschaft auf einem ähnlich hohen Niveau ist, sind eine wichtige und positive Entwicklung. Aber dieser Prozess darf nicht auf Kosten von Umwelt, Mensch und Demokratie geschehen. Als „Schattenberichterstatter“ meiner Fraktion im Europäischen Parlament setze ich mich für einen Fairen Handel ein, der allen Bürgerinnen und Bürgern und unserer gemeinsamen Umwelt zu Gute kommt. Der jetzige – von der Kommission und den Mitgliedsländern vollzogene – neoliberale Ansatz, wachsenden Profit auf Kosten von allem anderen zu erzielen, ist falsch.

Traditionelle Handelsabkommen befassen sich in erster Linie mit dem gegenseitigen Abbau von Zöllen und Tarifen. Die neue Generation von Handelsverträgen, die wir seit TTIP, TISA, CETA und nun auch wieder bei JEFTA sehen, kann man nicht mehr als reine Handelsabkommen bezeichnen.

JEFTA bezieht sich auf alle Unternehmen im Bereich von Dienstleistungen, Investitionen und elektronischem Handel, insbesondere auf solche in öffentlicher Hand. All diese Bereiche sollen „liberalisiert“ werden,

außer denen, die in JEFTA explizit in einer Liste aufgeführt werden (sog. Negativliste). Dabei meint „liberalisieren“, dass die gesetzlichen Regeln gelockert werden mit

„Einmal privatisierte Betriebe können von der öffentlichen Hand nicht mehr zurückgekauft werden.“

dem Ziel, „unnötige“ Gesetze abzuschaffen, d.h. Gesetze, die der Wirtschaft nicht passen und die nicht durch tatsächlich aufgetretene, eindeutig zuordenbare und ernsthafte Schäden begründet werden können. Ziel ist es, dass Betriebe, die in öffentlicher Hand sind, privatisiert werden können. Einmal privatisierte Betriebe können von der öffentlichen Hand aber nicht mehr zurückgekauft werden.

Kritik:

Finanzmarktregulierung wird zurückgeschraubt

Als explizit genanntes Beispiel dienen hier die forderungsbesicherten Wertpapiere (asset backed securities), ein Finanzinstrument, das wesentlich zur Bankenkrise 2008/09 beigetragen hat – und nun weniger reguliert werden soll. Man kann also sagen, dass JEFTA eine neue Bankenkrise wahrscheinlicher macht.

Umweltschutz spielt keine Rolle

Der in Japan immer noch praktizierte Walfang (getarnt als wissenschaftliches Projekt) und der Handel mit seltenen Hölzern werden nicht eingeschränkt. Letzteres

spielt vor allem in Rumänien eine Rolle, wo japanische Firmen geschützte Wälder abholzen. Die Freiheit, Gesetze zu erlassen, wird besonders beim Umweltschutz und im sozialen Bereich deutlich eingeschränkt.

Aushebelung der Datenschutz-Grundverordnung

Der Datenschutz im Finanzwesen wird nicht erwähnt. Er soll wegen einer Überprüfungs Klausel später diskutiert werden. Bis dahin ist der Datenverkehr im Bankwesen von der EU nach Japan ungehindert. Die Daten werden in Japan nach den dortigen Gesetzen behandelt, d.h. ohne ähnliche Einschränkung wie etwa bei der Datenschutz-Grundverordnung.

Vorschläge für eine faire Handelspolitik

- *Völlige Neuausrichtung der europäischen Handelspolitik unter dem Motto „Gemeinwohl vor den Interessen der Großkonzerne“*
- *Verbraucherrechte stärken, indem Standards nicht abgesenkt werden dürfen*
- *Keine undemokratischen Schiedsgerichte*
- *Mehr Mitbestimmung der Parlamente*
- *Verankerung des Vorsorgeprinzips*
- *Transparente Verhandlungen unter Einbeziehung der Bürgerinnen und der Zivilgesellschaft*
- *Unabhängige Folgeabschätzung von Handelsverträgen*
- *Wahrung der Menschenrechte*
- *Verankerung von nachhaltiger Landwirtschaft und UN-Klimazielen*
- *Kein „Verkauf“ der öffentlichen Daseinsvorsorge*

Schiedsgerichte durch die Hintertür

Schiedsgerichte wurden in JEFTA nicht vereinbart. Dazu soll bald ein eigenes Abkommen mit Japan geschlossen werden. Der erste Grund ist die Tatsache, dass Abkommen mit Schiedsgerichten von allen EU-Mitgliedsstaaten ratifiziert werden müssen. Das will die EU-Kommission vermeiden, weil das lange dauert und die Gefahr besteht, dass – wie bei CETA – einige Staaten Schwierigkeiten machen. Der zweite Grund ist, dass die EU-Kommission nicht zuletzt wegen der Massenproteste eine andere Art von Schiedsgerichten einführen will, die von Japan nicht akzeptiert wird.

Mercosur

Mercosur = Staatenverbund zum Ziel eines gemeinsamen Binnenmarktes. Bestehend aus den Staaten Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay.

Es soll ein Freihandelsabkommen zwischen der EU und den Mercosur-Staaten verabschiedet werden, das die Etablierung und Vertiefung der klassischen Freihandelsregeln beinhaltet. Das bedeutet z.B. den gegenseitigen Abbau von Einfuhrzöllen, die Ausweitung von Importquoten sowie den Abbau weiterer Handelsschranken. Das Abkommen wurde bislang im Geheimen verhandelt und zementiert die althergebrachten Handelsstrukturen.

Warum gibt es Kritik?

Die EU will ihre Industrieexporte ausweiten, die Mercosur-Staaten werden als Rohstofflieferanten benötigt. Das verhindert aber den Aufbau eigener Industriestrukturen in diesen Ländern.

Außerdem findet sich das europäische Vorsorgeprinzip nicht in den Verträgen wider. Letzteres bedeutet, dass eine Substanz (z. B. Chemikalie) solange nicht auf dem Markt zugelassen wird, bis die Unschädlichkeit bewiesen ist. Im Mercosur-Abkommen zählt aber nun der umgekehrte Weg: Eine Substanz bleibt solange auf dem Markt, bis die Schädlichkeit nachgewiesen werden kann.

Die EU fordert für ihre Pharmaindustrie eine Verschärfung des Patentrechts für Medikamente. Es muss befürchtet werden, dass dies in den Mercosur-Staaten zu Preissteigerungen und damit zu einer Gefährdung der öffentlichen Gesundheitsversorgung bei ärmeren Menschen führt.



In Lateinamerika ist es üblich, Generika (preiswertere Nachahmer-Medikamente) herzustellen. Diese Praxis würde mit dem Mercosur-Abkommen in Frage gestellt und laut einer brasilianischen Studie zu jährlichen Mehrkosten von 520 Millionen Euro allein bei der Behandlung von HIV und Hepatitis C führen.

Die Mercosur-Staaten möchten bessere Einfuhrquoten für Rindfleisch und andere Produkte der Agrarindustrie aushandeln. Dagegen gibt es aber europäischen Widerstand, denn die europäischen Bauern können kaum mit den Monokulturen in Südamerika mithalten. Außerdem setzen die südamerikanischen Staaten auf Gentechnik, sorgen für die Abholzung der Urwälder und sind verantwortlich für die Vertreibung der indigenen Bevölkerung und

„In Brasilien und Argentinien sind nahezu 100 Prozent der Sojabohnen gentechnisch verändert.“

vieler Kleinbauern. Das Abkommen würde die landwirtschaftlichen Exporte der Mercosur-Staaten erhöhen und dazu führen, dass z. B. in Brasilien weiterhin große Mengen Regenwald abgeholzt werden, um auf den gerodeten Flächen Nutztiere zu halten. Insbesondere Rinder sind für den Ausstoß klimaschädlicher Treibhausgase verantwortlich. Sie produzieren zudem einen hohen Kot- und Gülleausstoß, der das Grundwasser belastet. Viele Rinder in Südamerika sind aufgrund mangelnder Hygienestandards Träger des EHEC-Erregers; auch das Hühnerfleisch ist stark mit antibiotika-resistenten Keimen verseucht.

Eines der wichtigsten Exportgüter ist Soja, welches in Monokultur angebaut wird. Allein der brasilianische Landwirtschaftsminister Blairo Maggi besitzt eine Fläche, die ca. 400.000 ha umfasst. Dort baut er neben Soja in geringeren Mengen auch Baumwolle und Mais an. Der Sojaanbau laugt Böden aus, reduziert die Biodiversität und stört so das Ökosystem. Außerdem vergiftet der Pestizideinsatz die Böden sowie das Grundwasser und gefährdet die Gesundheit der Menschen vor Ort. In Brasilien und Argentinien sind nahezu 100 Prozent der Sojabohnen gentechnisch verändert. Die gentechnisch veränderten Pflanzen kommen meist vom Konzern Monsanto (Bayer) und sind resistent gegen das Herbizid Round-up, das ebenfalls von Monsanto hergestellt wird. Wirkstoff von Round-up ist Glyphosat, das von der Krebsforschungsagentur der WHO als „wahrscheinlich krebserregend“ eingestuft wird. Bei den Arbeitern, die in der Nähe der Felder wohnen, gibt es weit überdurchschnittlich viele Krebserkrankungen und Missbildungen bei Neugeborenen.

Auch Menschenrechte – in Verbindung mit dem Nachhaltigkeitskapitel – spielen in der Kritik an dem Abkommen eine wichtige Rolle: Zwar bestätigen die Vertragspartner die Wichtigkeit von Menschenrechten, aber mögliche Verstöße werden kaum sanktioniert. So gibt es in Brasilien immer noch ca. 160.000 moderne Sklaven, die vor allem in der Landwirtschaft eingesetzt werden.

Europa muss zu seiner Verantwortung stehen

Als Mitglied der Iran-Delegation fahre ich immer wieder in den Iran und versuche dort, auch über Menschenrechtsverletzungen zu sprechen. Obwohl der Iran sich nach Angaben der IAEO (Internationale Atomenergie-Organisation) an alle Auflagen des Atom-Deals hält, hat US-Präsident Donald Trump das Abkommen gekündigt.



Der Vorsitzende des Parlamentarischen Forschungszentrums des Iran, Kazem Jalali, überreicht mir bei einem Iran-Besuch ein Gastgeschenk.

Der amerikanische Präsident hat Anfang Mai den „Gemeinsamen umfassenden Aktionsplan“ (Joint Comprehensive Plan of Action – JCPOA) zwischen den fünf permanenten Mitgliedern des UN-Sicherheitsrates, Deutschland und dem Iran aufgelöst. Als Verantwortlicher für die Beziehungen mit dem Iran in der Grüne/EFA-Fraktion bin ich der Meinung, dass die USA damit ihrem globalen Ansehen massiv geschadet und die Welt ein Stück unsicherer gemacht haben. Ihr einseitiger Ausstieg aus dem mühsam verhandelten Nuklearabkommen gefährdet die Sicherheitslage im Mittleren Osten. Wenn nämlich als Reaktion auf die USA auch der Iran den Vertrag aufkündigt, beginnt sofort ein nukleares Wettrüsten im gesamten Nahen und Mittleren Osten. Man denke nur an die Konflikte zwischen dem Iran und vielen arabischen Ländern.

Europa muss jetzt zu seiner Verantwortung und seinem Wort stehen. Erst vor wenigen Monaten haben wir in Teheran mit einer Delegation des Europäischen

Parlaments unseren iranischen Partnern versichert, dass wir uns an die Abmachung halten, solange der Iran die Auflagen erfüllt und unabhängige Kontrolleure nicht behindert. Entgegen anderslautenden Meldungen gibt es nämlich keine Hinweise, dass der Iran sich falsch verhalten hat. Die Internationale Atomenergie-Organisation hat in jedem ihrer Berichte bestätigt, dass sich der Iran an alle Absprachen hält. Die Europäische Union spricht deshalb mit einer Stimme für das Aufrechterhalten des Atomabkommens.

Die Europäische Union spricht mit einer Stimme für das Aufrechterhalten des Atomabkommens mit dem Iran.

ungen gibt es nämlich keine Hinweise, dass der Iran sich falsch verhalten hat. Die Internationale Atomenergie-Organisation hat in jedem ihrer Berichte bestätigt, dass sich der Iran an alle Absprachen hält. Die Europäische Union spricht deshalb mit einer Stimme für das Aufrechterhalten des Atomabkommens.

Das Europäische Parlament, die Europäische Kommission und die EU-Regierungen müssen jetzt Taten folgen lassen und EU-Unternehmen vor Sanktionen schützen, die die USA gegen alle Unternehmen verhängt, die mit dem Iran Handel treiben. Deshalb unterstütze ich die von der EU-Kommission vorgeschlagene Anti-Boycott-Verordnung, die EU-Unternehmen vor Sanktionen durch Drittstaaten schützen soll. Außerdem muss die Europäische Investitionsbank ermächtigt werden, europäischen Unternehmen bei legitimen Investitionen im Iran die allgemein üblichen Kredite zu gewähren.

Auch im Iran ist das Atomabkommen nicht unumstritten. Die Konservativen sehen darin eine zu große Einschränkung der Souveränität und der Verteidigungsfähigkeit ihres Landes. Sie fühlen sich von mehreren Staaten akut bedroht. Der einzige Grund für das Abkommen ist die Hoffnung, durch den Wegfall der Sanktionen die wirtschaftliche Lage des Landes zu verbessern, denn gegenwärtig herrscht eine Jugendarbeitslosigkeit von etwa 24 Prozent. Rund elf Millionen Menschen leben unter der Armutsgrenze von umgerechnet 250 Euro pro Monat. Zuletzt war die schwierige Situation im Iran wieder ins öffentliche Bewusstsein gerückt, nachdem Ende 2017 bis Anfang 2018 überregionale Proteste gegen die politische Führung und die wirtschaftliche Lage der Bevölkerung aufgeflammt waren. Bleiben die Sanktionen in Kraft, wird sich die Situation nicht ändern und die Regierung Rohani wird sehr bald von den Konservativen gestürzt werden.

Unsere Delegation machte deutlich, dass wir das abgeschlossene Atomabkommen in jedem Fall beibehalten und damit auch die Sanktionen aufheben wollen. Ich habe mit Vertretern des iranischen Parlaments und der Botschaft in Brüssel geklärt, wie trotz der US-amerikanischen Sanktionen Überweisungen in und aus dem Iran durchgeführt werden können. Damit können jetzt z. B. sofort seltene Medikamente und medizinische Geräte gekauft werden. Denn nur wenn der Zahlungsverkehr vom Ausland aus mit dem Iran reibungslos funktioniert, sind internationale Unternehmen bereit, wirtschaftliche Beziehungen mit dem Land einzugehen.

Anfang des Jahres besuchte ich mit einer Delegation des Europäischen Parlamentes den Iran, um u. a. auch die dortige Menschenrechtssituation zu besprechen. Immer noch ist beispielsweise die Folter

von Gefängnisinsassen in der Islamischen Republik allgegenwärtig, grausame Strafen wie Blenden oder Gliedmaßen abhacken werden durchgeführt und auch die systematische Unterdrückung von Religionsgemeinschaften, Minderheiten, Menschenrechtlern und Frauen stellt ein gravierendes Problem dar. Zahlreiche gewaltfreie Kritiker der Regierung wurden wegen „Feindschaft zu Gott“ zum Tod verurteilt.

Auf unserer Reise hatte ich die Möglichkeit, sowohl die Menschenrechtssituation als auch die Massenverhaftungen in Folge der Proteste und weitere Missstände anzusprechen. Hier zeigen sich weitere Früchte unserer Bemühungen. Während noch vor

Um den Konflikt nicht weiter zu verschärfen, halte ich aktive Gespräche zwischen Teheran und Riad für unausweichlich.

wenigen Jahren die Erwähnung von Menschenrechtsfragen als Einmischung in die inneren Angelegenheiten betrachtet wurde, beantwortet die Regierung jetzt bereitwillig meine Fragen nach politischen Gefangenen.

Neben den inneren Problemen des Landes kamen bei unseren Treffen auch die außenpolitischen Spannungen zwischen dem Iran und Saudi-Arabien zur Sprache. Hier warb ich mit meinen Kollegen aus dem Europäischen Parlament für eine Deeskalation zwischen beiden Ländern. Um den Konflikt nicht weiter zu verschärfen, halte ich aktive Gespräche zwischen Teheran und Riad für unausweichlich. Der iranische Außenminister hat wiederholt von den Bemühungen seiner Regierung dazu berichtet, die jedoch bisher erfolglos blieben.

Das wichtigste Ziel unserer Iranpolitik ist, ein nukleares Wettrüsten in der gesamten Region zu verhindern. Außerdem will ich zum einen den Menschen dort mit einer wachsenden Wirtschaft zu besseren Lebensbedingungen verhelfen, zum anderen möchte ich zeigen, dass Europa verhandlungsbereit ist und sich ein Zubewegen seitens der Islamischen Republik auf unsere Positionen (z. B. im Bereich der Menschenrechte) auch wirtschaftlich lohnt.

Engagement

Mehrmals im Jahr bin ich im Ausland unterwegs, um zum Beispiel über Menschenrechte und eine faire Handelspolitik auch auf internationaler Ebene zu sprechen. Dabei kann ich Brücken bauen und neue Perspektiven einnehmen. Gerne spreche ich mit jungen Menschen und versuche, sie für Europa zu begeistern. Ich nehme mir auch die Zeit, um mich mit Praktikern vor Ort auszutauschen, die mir berichten, wie sich z. B. die europäische Subventionspolitik auf ihre Arbeit auswirkt.



In Gesprächen mit Landwirten wird mir immer wieder vor Augen geführt, wie absurd unsere europäische Subventionspolitik ist. Es wird zu wenig für die Landwirte getan, die umweltschonend, ressourcenschonend und wertschätzend mit Boden und Tieren umgehen.



Mein Engagement für Tierschutz beinhaltet auch eine heftige Kritik an der leider immer noch verbreiteten Vogeljagd in europäischen Ländern.



Gerne diskutiere ich mit Schülerinnen und Schülern über ihre Vorstellungen von einer bürgernahen EU.



Im Dialog mit dem Handwerk vor Ort – das ist mir wichtig, um politische Entscheidungen mit den Auswirkungen auf die Realität abzugleichen.

Medien:

www.klausbuchner.eu

Hier veröffentliche ich regelmäßig Berichte über meine Arbeit. Gerne können Sie sich in den Newsletter-Verteiler eintragen und bekommen direkt Informationen über meine Tätigkeit im Europäischen Parlament.

www.agrarwende-jetzt.de

Soziale Medien:

Facebook:

www.facebook.com/prof.dr.klausbuchner

Diese Seite können Sie auch lesen, wenn Sie kein eigenes Profil auf Facebook haben.

www.facebook.com/klausgrausts

Twitter:

https://twitter.com/Dr_KlausBuchner

Vorträge und andere Veranstaltungen mit mir

Gerne komme ich zu Ihnen, um Vorträge zu halten oder an Diskussionsveranstaltungen teilzunehmen. Bitte melden Sie sich bei meiner Mitarbeiterin Simone Lettenmayer, um Termine und Anlass zu besprechen.

Kontaktdaten:

Bürgerbüro Berlin

Claude Kohnen,
Florence von Bodisco

Abgeordnetenbüro Buchner
Ebelingstr. 8, 10249 Berlin
Tel. +49 (0) 30/ 42 08 67 00

kohnen@klausbuchner.eu,
bodisco@klausbuchner.eu

Büro München

Angelika Demmerschmidt
Tel. Mobil: +49 (0) 172 95 42 700
demmerschmidt@klausbuchner.eu

Büro Brüssel/Straßburg

Paul Diegel, Simone Lettenmayer
Rue Wiertz 60, Raum 04E205
1047 Brüssel/Belgien
Tel. Brüssel: 0032 2 28 377 39
Tel. Straßburg: 0033 3 881 757 39
klaus.buchner@europarl.europa.eu

Kampagne: „Agrarwende-jetzt“

Mein Büro hat eine Kampagne mit der Forderung nach einem EU-weit verpflichtenden, einheitlichen Qualitätssiegel für alle Tierprodukte ins Leben gerufen. Umfassende Informationen finden Sie unter www.agrarwende-jetzt.de. In meinem Berliner Büro können Sie gerne Infomaterialien bestellen, meine Mitarbeiterin Angelika Demmerschmidt beantwortet Ihre Fragen rund ums Thema.



Neues Falblatt über meine Arbeit im Parlament

Auch ein einzelner Abgeordneter kann viel erreichen. Lesen Sie, wo ich erfolgreich war und welche Aufgaben noch vor mir liegen. Sie können das Falblatt kostenlos bei meiner Mitarbeiterin Florence von Bodisco, bodisco@klausbuchner.eu bestellen.

